



Regierungsrat

Luzern, 23. August 2021

ANTWORT AUF ANFRAGE

A 603

Nummer: A 603
Protokoll-Nr.: 948
Eröffnet: 10.05.2021 / Justiz- und Sicherheitsdepartement i.V. mit Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Anfrage Candan Hasan und Mit. über die Luzerner Regierung schiesst auf den Moor- und Klimaschutz auf dem Glaubenberg

Zu Frage 1: Seit wann ist der Regierung bekannt, dass der Bund den Schiessplatz auf den Glaubenberg schliessen möchte? Fand eine departementsübergreifende Gesamtbeurteilung statt? Hat die Regierung sich aktiv dafür eingesetzt, dass der Schiessplatz weitergeführt wird?

Eine erste Information über die Schliessung des Schiessplatzes Glaubenberg erfolgte mit der Vorlage des Entwurfs zum Sachplan Militär (SPM) 2017, Programmteil, am 26. Oktober 2016. Mit diesem Entwurf, zu dem unser Rat am [30. Januar 2017 mit Vollmachtschreiben](#) Stellung nahm, wurde in Aussicht gestellt, dass der Schiessplatz innert fünf Jahren nach Inkrafttreten des Sachplans aufgehoben würde.

Mit Schreiben vom 20. November 2019 hat das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) den Kanton Obwalden und uns über die geplante Weiternutzung des Schiessplatzes Glaubenberg informiert. Demzufolge wurde das [entsprechende Kapitel](#) im Sachplan angepasst. Im Rahmen der Anhörung der Behörden und Mitwirkung der Bevölkerung zum SPM, zweite Objektblattserie und Anpassungen im Programmteil 2017 vom 6. Juli 2020, fand eine Gesamtbeurteilung durch das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) sowie das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD) statt. Für den Erhalt des Schiessplatzes hat sich der Obwaldner Regierungsrat zusammen mit den nationalen Parlamentariern beim Bundesrat und bei der Armee eingesetzt. Unser Rat hat sich in dieser Sache nicht aktiv engagiert, hingegen war die Weiternutzung des Schiessplatzes im Zusammenhang mit dem befristeten Bundesasylzentrum Glaubenberg ein Thema in der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK). Im Ausschuss der ZRK hat sich Regierungsrat Paul Winiker dafür ausgesprochen, den Waffenplatz längerfristig zu betreiben.

Zu Frage 2: Was sind die Richtlinien zur Einreichung einer Stellungnahme der Regierung zu einem Entscheid auf Stufe Bund? Weshalb hat das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) ohne Mitbericht des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes (BUWD) die Stellungnahme zur Weiterführung des Schiessplatzes auf dem Glaubenberg eingereicht?

Zum Sachplan Militär hat für den Luzerner Regierungsrat das zuständige JSD Stellung genommen. Die Aussage, das BUWD habe dabei nicht mitgewirkt, ist falsch. Das BUWD hat mit Schreiben vom 27. August 2020 einen Mitbericht eingereicht. In unserer [Stellungnahme](#)

vom 28. September 2020 zum SPM haben wir ausserdem im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Projekts «Natur – Landschaft – Armee» ausdrücklich auf den Einbezug der Naturschutzfachstelle verwiesen. Anhörungen und Mitwirkungen richten sich in diesem Fall nach [Art. 4 des Bundesgesetzes über die Raumplanung](#) (RPG, SR.700).

Zu Frage 3: Ist der Status der Unesco-Biosphäre Entlebuch durch die Weiterführung des Schiessplatzes in Gefahr?

Der Schiessplatz Glaubenberg war lange vor der Gründung der Unesco Biosphäre Entlebuch in Betrieb und hat weder deren Gründung noch deren erfolgreichen Betrieb behindert. Eine Weiterführung des Schiessbetriebs wird darauf keinen Einfluss haben.

Zu Frage 4: Wie hoch sind die finanziellen Mittel, welche der Kanton Luzern und der Bund in den Moor-, Umwelt-, Lebensraum- und Artenschutz auf dem Glaubenberg investiert?

Konkrete, auf den Perimeter des Schiessplatzes Glaubenberg bezogene Artenschutzprojekte gibt es zurzeit nicht. Der Kanton Luzern und der Bund investieren jedoch über die Naturschutzbeiträge und die Biodiversitätsbeiträge gemäss Direktzahlungsverordnung in den Lebensraumschutz. Mit diesen Beiträgen wird die standortangepasste Pflege der Moorflächen im Perimeter des Schiessplatzes gefördert. Insgesamt wurden im Jahr 2020 21'292 Franken Naturschutzbeiträge und 63'423 Franken Biodiversitätsbeiträge ausbezahlt.

Zu Frage 5: Was sind die negativen Auswirkungen der Erhaltung der Schiessaktivitäten auf dem Glaubenberg auf die Moore, die Umwelt, die geschützten Arten und Lebensräume oder die Sömmerung? Was sind aus Sicht der Regierung die Vorteile?

In den letzten Jahren hat eine Konzentration der militärischen Aktivitäten auf einzelne Bereiche im Schiessplatz-Perimeter stattgefunden. Auch in den nächsten Jahren sind weitere Schwerpunktsetzungen vorgesehen. Damit können neben einer effizienten Nutzung des Schiessplatzes auch die meisten Auswirkungen auf einzelne Räume beschränkt und entsprechend vermindert werden. Als auffälligste negative Belastung wird der Lärm bleiben.

Der Verbleib des Militärs auf dem Glaubenberg hat für die Umwelt auch positive Seiten. So gelten während einem grossen Teil des Jahres Zutrittsbeschränkungen für Privatpersonen, was eine Reduktion des Störungspotenzials bedeutet. Zudem erarbeitet armasuisse Immobilien, Kompetenzzentrum Natur, ein Projekt «Natur – Landschaft – Armee», das unter anderem eine Grundlage für die Renaturierung beeinträchtigter Moorflächen ist. Mit einem alpwirtschaftlichen Konzept wird die Bewirtschaftung vermehrt in Richtung standortangepasste Bewirtschaftung gelenkt, was aus Sicht Umwelt ebenfalls als Vorteil zu werten ist.

Zu Frage 6: Bis wann läuft die Frist zur Einreichung der Stellungnahme zum Sachplan Militär? Kann sich die Regierung vorstellen, sich aufgrund der aufgezeigten Diskrepanz und der negativen Auswirkungen und der Konflikte gegen eine Weiterführung des Schiessplatzes einzusetzen?

Die Frist der Anhörung zum SPM, zweite Objektblattserie und Anpassungen im Programmteil 2017, ist am 9. Oktober 2020 abgelaufen. Es ist aus unserer Sicht auch keine Diskrepanz auszumachen. Im Gegenteil sind mit der Anwesenheit der Armee, wie in Antwort auf Frage 5 dargelegt, einige positive Aspekte verbunden.

Zu Frage 7: Weshalb toleriert die Regierung illegal erstellte Strassen, Erschliessungen, Drainagen oder Gebäude in einem Moorschutzgebiet von nationaler Bedeutung?

Grundsätzlich werden alle Meldungen über nicht konforme Eingriffe, Bauten oder Anlagen im Rahmen einer Sachverhaltsfeststellung geprüft und bezüglich möglichen Widerhandlungen beurteilt und – bei entsprechend erhärteten Fällen – auch zur Anzeige gebracht. Die in der Frage pauschal unterstellten Unrechtmässigkeiten wären zu konkretisieren, damit die Mutmassungen geprüft und darauf eingegangen werden könnte.

Zu Frage 8: Weshalb setzt sich die Regierung über den Moorschutz sowie bundesrechtliche und kantonale Vorgaben zum Umwelt-, Klima- und Biodiversitätsschutz hinweg?

Es ist uns nicht bekannt, inwiefern wir uns beim Moorschutz über bundes- und/oder kantonsrechtliche Vorgaben hinwegsetzen würden. Im Gegenteil haben wir in der Biodiversitätsstrategie die grosse Bedeutung der Hoch- und Flachmoore explizit hervorgehoben und uns für verstärkte Massnahmen zum Schutz und zur Revitalisierung der Moore eingesetzt. Ihr Rat hat in seinem Beschluss zum Planungsbericht Biodiversität die Wichtigkeit dieser Programme und Massnahmen noch mit einer Bemerkung unterstrichen. Der Auftrag zum ungeschmäleren Erhalt der Moorbiotope ist allerdings schwierig zu erfüllen, zumal auch die Moorlandschaft und teilweise auch unsere Moorbiotope Teil der Kulturlandschaft sind. Neben der traditionellen Nutzung beeinflussen übergeordnete Umweltveränderungen (Klimaerwärmung, längere Trockenheit, Nährstoffeinträge aus der Luft usw.) die Gleichgewichte – oft nicht zugunsten der ungeschmäleren Erhaltung.

Zu Frage 9: Ist die Regierung noch glaubwürdig als verlässliches Vorbild zur Erreichung der Klima- und Moorschutzziele? Was gedenkt sie zu unternehmen, um ihre Glaubwürdigkeit und Politikkohärenz wiederherzustellen?

Im Rahmen des Planungsberichts Biodiversität haben wir ein klares Bekenntnis zugunsten eines kohärenten Moorschutzes abgegeben und neben den Worten im Budget auch Taten folgen lassen. Im Entwurf des Planungsberichts Klima und Energie spielen die Moore wiederum eine nicht unbedeutende Rolle und werden als Element bei der Anpassung an den Klimawandel, als CO₂-Speicher und als Wasserpuffer im Rahmen gewichtiger Massnahmenprogramme involviert. Wir haben den Synergienutzen der Moore für Klima- und Biodiversitätsaspekte früh erkannt und sehen unsere Politik als glaubwürdig und kohärent.